

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 10

Köln, den 4. März 1932

33. Jahrg.

## Mitten im Kampf.

Der Friede, die allgemeine Sehnsucht der Menschheit, findet auf Erden wohl keine bleibende Heimstatt. Zwietracht und Streit lodert an allen Ecken und Enden. Die kriegerischen Wirren in Asien, revolutionäre Zuckungen in der Alten und Neuen Welt stellen Brandherde dar, die den Ernst der Lage blutig beleuchten. Nicht nur diese offenen Feindseligkeiten schrecken die Menschheit. Die mit jedem Tag zunehmenden Schwierigkeiten allüberall beweisen, daß Feuer unter einer mühsam zusammengehaltenen Decke schwelt und in jedem Augenblick zur Katastrophe führen kann. Die Beziehungen der Völker sind voller Spannungen. Ein beklagenswerter Verlust gegenseitigen Vertrauens vermehrt vorhandene Schwierigkeiten. Das Mißtrauen führt oft zu überstürzten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die keine Erleichterung, wohl aber größere Not heraufbeschwören. Mißtrauen und offene Feindseligkeiten sind schlechte Wegbereiter der Zivilisation und Kultur. Ihre Wirkung auf die Wirtschaft ist verheerend. Das mußten wir in jüngster Zeit und täglich noch erfahren. Nicht allein in der großen Weltpolitik, auch im eigenen Lande gibt es dafür der Schulbeispiele genug. Die bisher angewandten Mittel haben eine Besserung der Verhältnisse nicht zur Folge gehabt. Die Unzufriedenheit wächst und ist nicht immer unberechtigt. Nicht immer und in allen Fällen nehmen die getroffenen Maßnahmen billige Rücksicht, und oft lassen sie das erforderliche Maß ausgleichender Gerechtigkeit vermissen. Das zu beachten ist aber notwendig, damit in den breiten Volksmassen der Glaube an die Führung keinen Schaden leidet.

Die allgemeine Notlage und die zunehmenden Schwierigkeiten in Wirtschaft und Staatsführung machen gemeinsame Anstrengungen des ganzen Volkes notwendiger denn je. Eine lückenlos geschlossene Front aller staatsbejahenden Kräfte hätte ihre dringlichste Aufgabe in der Beschwichtigung nebensächlicher Meinungsverschiedenheiten, in der Beseitigung vermeidbarer Reibungsflächen zwischen den verschiedenen Volksgruppen und in der Zusammenfassung aller Willenskräfte, die eine Gesundung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erstreben. Aber Eigennutz, Habgier, Ehrgeiz und Machtwille verhindern einen solchen Einsatz selbst in ganz großen und wichtigen nationalen Fragen. Der Streit um die Kandidatur des Reichspräsidenten ist ein Schulbeispiel deutscher Zwietracht. Doppelt bedauerlich angesichts der schwierigen außenpolitischen Verhältnisse und des Mannes, dessen ehrwürdige Gestalt, vaterländische Leistungen und vorbildliche Treue zum deutschen Volke turmhoch über dem Parteigezänk und den Eitelkeiten gewisser Patrioten steht. Gar zu gerne hätten diese letzteren, trotz heuchlerischer Versicherungen, die Präsidentenfrage zu kleinlichem und krämerhaftem Kuhhandel benutzt. Wenn das an der geraden, ehrlichen Art des Reichspräsidenten scheiterte, dann muß zur Bekräftigung dieses Standpunktes das deutsche Volk im Wahlgange restlos seine Pflicht tun und beweisen, daß es Ehrlichkeit und Treue immer noch zu schätzen weiß.

So wie Ränkesucht, Eitelkeit und der brutale Wille zur Macht in dieser politischen Frage alle Rücksichten, die billigerweise gefordert werden müssen, vermissen lassen, so werden auch in anderen, für das Volksleben wichtigen Fragen Rücksichten nicht geübt, vernünftige Überlegungen und Erfahrungen außer acht gelassen. In allen Angelegenheiten, die die Arbeiterschaft, ihre Stellung in Staat und Wirtschaft betreffen, kann diese Beobachtung gemacht werden. Ein richtiges Kesseltreiben gegen die Arbeiter und ihre Organi-

sationen, um den angeblich verderblichen gewerkschaftlichen Einfluß auf allen möglichen Gebieten einzudämmen, hat begonnen.

Die Zahl der wirklichen Freunde der Arbeiterschaft war zu allen Zeiten nicht besonders groß. Aber es gab doch immer Männer, die sich ihrer ehrlichen Freundschaft zur Arbeiterschaft rühmen durften und bei dieser in hohem Ansehen standen. Ihre Zahl ist stark zurückgegangen, und es gehört heute sicher Bekennernut dazu, auf der Seite der Arbeiterschaft zu stehen. Die Gegner der Arbeiter und ihrer Bestrebungen beherrschen das Feld. Je größer die Schwierigkeiten auf allen Gebieten, je schärfer die Krisenwirkungen fühlbar werden, um so größer wird der Kreis derjenigen, die alle Schuld dafür der Arbeiterschaft aufbürden möchten. In gewissen Maßnahmen der Regierung, die die Arbeiterschaft sehr hart treffen, glaubt man eine Ermunterung zum Kampf gegen die Arbeiterschaft erblicken zu dürfen und führt diesen Kampf skrupellos gegen die Arbeiterorganisationen. Die Gewerkschaften sind dem konzentrischen Angriff aller arbeiterfeindlichen Elemente seit geraumer Zeit ausgesetzt, weil sie, wie richtig angenommen wird, das Bollwerk und Widerstandszentrum gegen alle reaktionslüsternen Bestrebungen sind. Der Kampf gilt angeblich dem Marxismus. Das hindert aber weder Wissenschaftler noch Unternehmerränge, die Gewerkschaften schlechthin in einen Topf zu werfen. Marxismus sagt man, Arbeiter und Gewerkschaften meint man. Unterscheidungen werden nicht einmal versucht, weil eben alle wirklichen gewerkschaftlichen Bestrebungen verhaßt sind und unterbunden werden sollen.

Das Programm der Gewerkschaftsfeinde ist eine Blütenlese rück-schrittlicher Gesinnung und eigensüchtiger Wirtschaftsauffassung. Durch Zerschlagung der Tarifverträge soll der Lohnschutz beseitigt werden. Ob die Beseitigung des Schlichtungswesens oder die Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung gefordert, ob eine größere Elastizität der Tarifverträge oder deren Anpassung an berufliche und örtliche Besonderheiten als notwendig bezeichnet wird, immer soll eine Schwägerung der Arbeiterrechte und eine Senkung der Löhne erreicht werden. Die jetzt von der Regierung verfolgte Lohnpolitik, deren Erfolg in einer außerordentlichen Herabsetzung des Lebensstandards der breiten Volksmassen, aber keiner Besserung der Wirtschaftslage besteht, geht den Unternehmerrängen längst nicht mehr weit genug. Freiheit der Wirtschaft ist ihre Losung, die sie dahin verstanden wissen wollen, daß Willkür und Rücksichtslosigkeit die Arbeitsbedingungen diktieren sollen. Die Beseitigung des dürftigen Versicherungsschutzes soll diese Pläne wirksam unterstützen. Leistungskürzungen oder gar die Aufgabe einzelner Versicherungszweige müssen den Arbeiter wieder zum willenlosen Werkzeug des Unternehmers degradieren, mit dessen Leben und Gesundheit die Wirtschaft glaubt schalten und walten zu dürfen, wie es beliebt. Die Praktiken der betrieblichen Menschenbehandlung, die vor fünfzig Jahren üblich waren und bei der Arbeiterschaft noch in übler Erinnerung stehen, sind die Sehnsucht weiter Kreise der Unternehmer und des mit diesen sympathisierenden Bürgertums.

Ungehemmten Individualismus, ungezügelter Betätigungsfreiheit beansprucht die private Wirtschaftsführung in demselben Augenblick, da an geradezu erschreckenden Beispielen ihre Unzulänglichkeit und ihr mangelndes Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit offenbar geworden sind. Wir halten demgegenüber unbedingt fest an der Forderung, daß über der Freiheit des privaten Profitstrebens das Lebensrecht der arbeitenden Menschen, das Schick-

sal des Gesamtvolkes stehen muß. Eine Wirtschaftsführung, die nicht aus eigener Erkenntnis die Kraft findet, sich unabweisbaren sittlichen und sozialen Pflichten unterzuordnen, muß sich Beschränkungen durch die Staatsmacht und durch die Organe der gewerkschaftlichen Selbsthilfe gefallen lassen.

Wir stehen mitten im Kampf um unsere elementarsten Rechte. Dieser Kampf hat in seinen Ausmaßen und seiner Bedeutung kaum eine Parallele in der Geschichte. Es geht tatsächlich um die Existenz eines jeden einzelnen Arbeiters und um die Lebensrechte der Arbeiterschaft schlechthin. Der einzelne kämpft bei dieser Sachlage auf verlorenem Posten, weil seine Kraft gegenüber der Vielzahl und der Macht der Gegner nicht ausreicht. Was der einzelne allein nicht vermag, kann aber erreicht werden durch die Zusammenfassung der Kräfte. Sie gelingt allein in der Berufsgewerkschaft. Andere Gebilde, die mit mehr oder weniger offener Unterstützung der Unternehmer bestehen und Anhänger werben, sind zu diesem Kampf ungeeignet. Die Gewerkschaften sind die Sachwalter der standesbewußten Arbeiterschaft. Sie zu stärken ist augenblicklich höchste Pflicht. Nicht kleinliche materielle Überlegungen führen jetzt zum Ziel. Unterstützungseinrichtungen und ähnliches Schrumpfen zu einer Bagatelle angesichts der vor uns stehenden Aufgabe. Zur Not muß die Arbeiterschaft auf Unterstützungen verzichten und die Finanzkraft ihrer Verbände allein auf die Durchführung des aufgezwungenen Kampfes konzentrieren. Es kommt viel, es kommt alles darauf an, diesen Kampf erfolgreich zu bestehen. Nur dann gelingt es, Freiheit und Recht unserem Stande zu sichern und zu wahrer Gleichberechtigung zu gelangen. Das fällt uns nicht kampflos zu, sondern muß erstritten werden. Wir Holzarbeiter stehen unseren Mann in diesem Kampf, eingedenk des Wortes: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!“

## Schwarzseher.

Kommt da neulich ein Kollege zu einem Verbandsbüro und klagt über die in Arbeiterkreisen und speziell in seinem Haushalte herrschende Not. Daß dabei auch eine ordentliche Ladung Groll gegen alle, denen es tatsächlich oder vermeintlich noch besser geht, abgeladen wurde, versteht sich ganz von selbst. Ein Gemisch von berechtigten Klagen und — zum größeren Teil unangebrachter — Kritik, die sich am Schluß in düstere Prophezeiung verliert. Es fehlt, so sagt der Kollege, selbstverständlich an Führung. Er behauptet, daß die meisten Führer keine Führer sind und alles verkehrt machen. Man müsse dabei auch die Führer der Gewerkschaften miterwähnen, die ja auch heute noch große Fehler machten und der Arbeiterschaft nicht viel helfen könnten. Er, der Kollege, habe alle diese Dinge vor Jahren schon kommen sehen. Damals habe man ihn ausgelacht, und wenn er heute sage, daß auch die Gewerkschaften (wer ist das eigentlich?) kaputt gingen oder doch zum mindesten nichts mehr zu sagen hätten, so glaube man ihm dies auch heute noch nicht. Jedenfalls werde es der Arbeiterschaft noch viel dreckiger ergehen.

Optimismus und Pessimismus können je nach der Stärke der verabreichten Dosis heilend, aber auch tödlich im Wirtschafts- und Verbandsleben wirken. Wenn die vorhin geschilderte Einstellung dieses Kollegen bei allen Gewerkschaftlern Platz greifen würde, würde dies auf unsere Verbandsarbeit ähnlich wirken, wie bei einem an leichten Verdauungsbeschwerden leidenden Patienten die Verabreichung einer zu großen Menge Rizinusöl. Fest steht, daß gerade die Kollegen, die immer düster und schwarz in die Zukunft sehen, selten den Mut aufbringen, sich mit ihren widrigen Lebensverhältnissen kämpfend auseinanderzusetzen. Durch ihr Unterlassen helfen sie die Lage sogar noch verschlimmern. Es ist auch nicht so, wie obiger Kollege mit viel Selbstbeweihräucherung erklärte, daß er vor Jahren richtig gesehen und vorausgesagt habe, sondern richtig ist vielmehr, daß er früher überhaupt nichts sagte, aber überall mies macht und hilft, unsere Waffen im Kampf gegen die Abwehr von Verschlechterungen stumpf zu machen. Dann ist auch festzustellen, daß die Gedankenfolge des pessimistisch gestimmten Kollegen eine bisher noch nicht üblich gewordene Verwirrung erkennen läßt und deshalb seine „Prophezeiung“ sehr an Wert verliert.

Ein Punkt unseres berufsmäßigen Schwarzsehers bedarf aber besonderer Beachtung und Abwehr. Nehmen wir den unmöglichen Fall einmal an: die Gewerkschaften würden aus finanziellen Gründen zerfallen. Es würden keine Unterstützungen mehr gezahlt und die Sekretariate aufgelöst. Wäre das etwa der Bankrott der Gewerkschaften? Wer diese Frage bejahen wollte, beweist, daß er noch nicht begriffen hat, was die Gewerkschaften sind, und aus welcher Quelle sie ihre

Existenz herleiten. Unsere Gewerkschaftsbewegung ist eben kein Profitunternehmen, das mit kapitalistischen Maßstäben gemessen werden kann. Die Idee der Selbsthilfe durch Zusammenschluß, das Vertrauen in unsere eigene Kraft, die Bereitwilligkeit, für unsere als richtig erkannte Idee auch außergewöhnliche Opfer zu bringen, das sind die Tragsäulen unserer Bewegung. Im Grunde genommen also der Glaube an unsere eigene Kraft und die Bereitschaft, Opfer zu bringen aus diesem Glauben. Nicht eine Unterstützungsstaffel oder ein Sekretariat mehr oder weniger machen das Wesen der Gewerkschaftsbewegung aus. Selbst ohne einen Pfennig Unterstützung, ohne angestellte Sekretäre und ohne ein Büro als Sammelpunkt der Kollegen, kann und würde auch in bisheriger Weise weitergearbeitet werden. Es würde sich dann zeigen, daß es auch noch Leute gibt, die in der heutigen Zeit für die Bewegung noch etwas umsonst tun. Den Gefallen würden und werden wir den Reaktionen und „Radikalen“ nicht tun und uns selbst aufgeben. Ideen lassen sich eben nicht totschlagen, und besonders unsere christliche Gewerkschaftsidee nicht. Wenn wir mit dieser Entschlossenheit heute an den Brennpunkten wirtschaftlicher Not, an den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern, in den Betrieben und überall die Debatte führen, wird es uns nicht nur möglich sein, alle unsere Mitglieder zu halten, sondern es kommen neue hinzu.

Was zu Beginn unserer Arbeiterbewegung an Opfern und Entbehrungen geleistet wurde, ist auch heute noch möglich und zu erwarten. Die Einsicht und der Wille, alles zu tun, um die geistigen und sittlichen Ziele unserer Bewegung zu erreichen, hilft uns bestimmt in kommende bessere Zeiten hinein. s.

## Lohn- und Tariffbewegung.

### Tarifikampf im schlesischen Holzgewerbe.

Bereits am 5. Dezember 1931 fanden in Breslau Verhandlungen über die Schaffung neuer Tarifverträge statt. Während die Berufsverbände mit dem Willen, dem Gewerbe durch Herstellung einer festen vertraglichen Grundlage zu dienen, an die Verhandlungen herangingen, war dieser ehrliche Wille bei den Unternehmern nicht vorhanden. Das ging klar und deutlich aus dem Entwurf eines neuen Vertrages hervor, den der Verband der Tischlerinnungen Schlesiens den Arbeitervertretern vorlegte. Ein Eingehen auf diesen Vertrag hätte nichts mehr und nichts weniger als die Zerstückelung aller in der Vergangenheit erkämpften Rechte bedeutet. Es ist überflüssig, über den Inhalt des Vertrages viel zu sagen. Der Fortfall der Lehrlingsregelung, Beseitigung der Ferien, der Wegfall der Überstunden- und Akkordzuschläge, Erhöhung der Altersklassen um zwei Jahre und die Verschlechterung in der Ortsklasseneinteilung sind noch die harmlosesten Merkmale dieses Entwurfs. Nachdem die Holzarbeiterverbände diesen „Vertrag“ als nicht geeignete Grundlage für die Verhandlungen erklärten und die Arbeitgeber es ablehnten, positiv über die Forderungen der Verbände auf Wiederherstellung des Mantelvertrages vom 5. Juni 1929 zu verhandeln, mußten die Verhandlungen als gescheitert angesehen werden.

Auf Grund dieser Sachlage riefen die Arbeitnehmer den Schlichter an. Dieser wurde in der Person des Herrn Dr. Kimnich aus Karlsruhe durch das Reichsarbeitsministerium bestellt. Die ersten Verhandlungen fanden am 14. Januar im Regierungsgebäude statt.

Der Ruf, der dem Schlichter vorausging, berechnete zu einigen Hoffnungen. Hatte er doch am 11. Januar für das sächsische Holzgewerbe einen Schiedspruch gefällt, der den Mantelvertrag vom 5. Juni 1929 wieder in Kraft und den Spitzenlohn in der Ortsklasse Ia mit 98 Pfennig festsetzte. Unsere Hoffnung, daß er die Sachlage auch in Schlesien richtig erkennen würde, war also berechtigt. Doch es sollte für Schlesien mal wieder anders kommen.

Hatten die freien Verhandlungen die Tarifunwilligkeit der Unternehmerverbände schon bewiesen, so trat diese bei den Verhandlungen vor dem Schlichter besonders kraft in die Erscheinung. Der Arbeitgeberverband für Briesg lehnte jede Verhandlung ab, da er Verhandlungen für ganz Schlesien nicht für zweckmäßig halte. Nach seiner Auffassung sei die Schaffung von Verträgen für die einzelnen Orte notwendig und zweckmäßig. Eine sehr scharfe Attacke ritt der Verband der Tischlerinnungen Schlesiens. Die Forderung des Schlichters auf Vorlage der Vollmachten lehnte er ab und stellte dafür den Antrag auf Vorlage der Mitgliederlisten und der Vollmachten für die Lehrlinge von Seiten der Gewerkschaften. Als dieser Antrag vom Schlichter als gesetzlich nicht zulässig erklärt wurde, sprachen sie ihm ihr Mißtrauen aus, bezeichneten ihn als befangen und verließen den Saal.

Da die Einladungen zu dieser Verhandlung nur kurzfristig ergangen waren, mußten sie jetzt abgebrochen werden. Als nächster Verhandlungstermin wurde der 4. Februar festgesetzt. Hierzu wurden alle Innungen Schlesiens unter Strafandrohung geladen.

Die Zeit zwischen den Verhandlungsterminen haben dann die Arbeitgeberverbände für ihre Zwecke ausgenutzt. Über den Schlichter haben sie eine geharnischte Beschwerde an das Reichsarbeitsministerium gesandt. In dieser Beschwerde wurde all das wiederholt, was in der Verhandlung schon gesagt war. Vor allen Dingen wird hier wieder die von keiner Sachkenntnis getriebene Behauptung aufgestellt, daß die Gewerkschaften nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterschaft vertreten. Darum seien diese nicht berechtigt, als Vertreter der Arbeiterschaft zu gelten. Gleichzeitig wird dem Schlichter jede Sachkenntnis abgesprochen und das Reichsarbeitsministerium aufgefordert, einen anderen Schlichter zu bestellen.

Es erübrigt sich, mehr über die Beschwerde über den Schlichter zu sagen. Leider scheint das gesunde Urteil des Schlichters durch dieses Pamphlet nicht unwesentlich getrübt worden zu sein. Bei den Verhandlungen am 14. und 15. Februar ging er jedenfalls wesentlich mehr auf die Ansichten der Arbeitgeber ein. Die Folgen zeigten sich auch dann bei der Abstimmung in der Schlichterkammer. Die Anträge der Gewerkschaften wurden mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Schlichters abgelehnt. Damit hat der Schlichter dem von ihm selbst festgestellten Tarifunwillen der Arbeitgeber zum Siege verholfen. Das Holzgewerbe in Schlesien wird weiter tariflos bleiben. Die Aufforderung des Schlichters an die Unternehmer, keinen generellen Lohnabbau mehr vorzunehmen, betrachten die Arbeiter angesichts der Tatsache, daß bereits mehr als 30 Prozent am Stundenlohn gekürzt wurden, als sehr schwachen Trost.

Für uns als Arbeiter ergibt sich aus dieser Verhandlung die Notwendigkeit, Folgerungen zu ziehen. Klar und deutlich haben wir gesehen, daß niemals die Arbeitgeber bereit sein werden, freiwillig dem Arbeiter das zu geben, was er zu einem anständigen Leben braucht. Nur durch Kampf können wir unsere Rechte wahren! Wenn auch, durch die Krise begünstigt, die Arbeitgeber die berechtigten Wünsche der Arbeiter zunichte machen konnten, so konnten sie uns doch nicht den Mut nehmen, an eine bessere Zukunft zu glauben. Wir hämmern weiter an unserem Schicksal, und die Zeit wird lehren, daß die organisierte Arbeiterschaft auch in Schlesien der Stärkere ist.

## Rundschau.

**Haushalt der Arbeitslosenversicherung.** Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat den Haushalt für das neue Rechnungsjahr beraten. Die Einnahmen aus dem Beitrag von 6,5 v. H. sind mit 95 Millionen Reichsmark im Monat in Ansatz gebracht worden. Die Schätzung der Einnahmen für das noch laufende Rechnungsjahr betrug 107 Millionen Reichsmark im Monat. Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten und die Senkung der Löhne und Gehälter wirkt sich in der Höhe des Beitragseingangs aus. Im neuen Haushalt berechnet man die monatliche Unterstützungshöhe auf 53 Reichsmark je Unterstützungsempfänger. Bei der Gründung der Versicherung betrug der Aufwand 81 Reichsmark je Kopf und Monat, und im laufenden Rechnungsjahr war er mit 70,50 Reichsmark angesetzt. Die durchschnittliche Barleistung wird im neuen Rechnungsjahr einschließlich der Familienzuschläge nicht mehr ganz 49 Reichsmark im Monat betragen. Die Mittel für Kurzarbeiterunterstützung wurden von 45 auf 72 Millionen Reichsmark erhöht, dagegen wurden die Mittel für Notstandsarbeiter erheblich eingeschränkt. Für den freiwilligen Arbeitsdienst sind größere Mittel bereitgestellt worden. Nach den bisherigen Ergebnissen sind im laufenden Rechnungsjahr etwa 1000 Maßnahmen gefördert worden, bei denen 30 000 Personen je 20 Wochen beschäftigt wurden. Der Haushalt muß noch vom Reichsarbeitsministerium genehmigt werden.

**Werksparkassen** bieten für Spargelder nicht immer genügende Sicherheiten. Das lehrt wieder einmal der Fall der Werksparkasse der Firma Borsig.

In der Gläubigerversammlung der A. Borsig G. m. b. H., Berlin-Tegel, gab der mit der Abwicklung beauftragte Treuhänder Direktor Schwoon Auskunft über das Schicksal der rund drei Millionen Reichsmark, die von den Arbeitern und Angestellten des Werks gespart wurden, weil sie es mußten, wenn sie weiterarbeiten wollten. Die Auskunft beleuchtete grell die geradezu katastrophale Lage der Borsig-Sparer.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Für die Zeit vom 28. Februar bis 5. März 1932 ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Zur „Sicherheit“ der Spargelder ist eine Grundschuld auf die Grundstücke der Borsig-Werke eingetragen, die an so schlechter Stelle steht, daß von einer Deckung überhaupt nicht die Rede sein kann. Als ungesicherte Gläubiger sind die Borsig-Sparer bei dem jetzigen Vergleichsverfahren die Geprellten. Diese ungeheuerliche Tatsache veranlaßte den Direktor Schwoon selbst zu der Äußerung, daß man nach diesen Vorgängen Werksparkassen für die Zukunft glatt verbieten müßte.

Die großen Gläubiger, der Stahltrust, der Klöckner-Konzern und die Deutsche Bank und Discontogesellschaft haben rechtzeitig ihre Sicherheiten erhalten. Die Arbeiter aber sind die doppelt Geschädigten. Sie haben nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern zugleich noch ihre Spargelder, die letzte Reserve für die Zeit der Erwerbslosigkeit, verloren.

Eine Reform des Systems erscheint im Hinblick auf diese Vorgänge dringend notwendig. Für empfehlenswert halten wir Werksparkassen nicht, insbesondere weil damit eine nicht ungefährliche Abhängigkeit der Sparer von der Werksleitung herbeigeführt wird und Gelegenheit zur Anlage von Spargeldern bei öffentlichen und genossenschaftlichen Kassen in Hülle und Fülle vorhanden ist.

## Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

**Durchführungsvorschriften über Sozialversicherung.** Der Reichsarbeitsminister hat am 30. Januar 1932 zu dem Teil der vierten Notverordnung, der sich mit der Sozialversicherung befaßt, Durchführungsvorschriften erlassen. Sie bedeuten eine gewisse Milderung von Härten, die sich aus der Notverordnung ergeben mußten.

In der Unfallversicherung sah die Notverordnung eine Beschränkung der Leistungen vor. Verletztenrenten bei weniger als 20 Prozent Erwerbsbeschränkung fallen ohne weiteres weg, bei 20 Prozent Erwerbsbeschränkung nach zweijährigem Bezug. Wenn aber der Verletzte auf Grund eines früheren oder anderen Unfalls Anspruch auf Verletztenrente hat, so stehen diesen Renten auch gleich Beschädigtenrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, dem Altersrentengesetz, dem Kriegsgesetz, dem Personenschädengesetz, dem Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder, dem Reichsgesetz über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz, dem Wehrmachtversorgungsgesetz und dem früheren Militärversorgungsgesetz zu. Der Abfindung wegen einer Verletztenrente von mehr als einem Viertel der vollen Rente steht die Abfindung wegen mehrerer Verletztenrenten gleich, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 30 erreichen.

In der Angestelltenversicherung hat die Notverordnung bestimmt, daß beim Zusammentreffen mehrerer Renten aus der Angestelltenversicherung bzw. aus der Angestellten- und Invalidenversicherung nur noch die Höchstreute gezahlt werden soll. Dieses bedeutete eine ganz besondere Härte für diejenigen weiblichen Versicherten, die statt einer Beitragserstattung bei der Heirat die Versicherung freiwillig fortsetzten, um sich so im Alter eine bessere Versorgung zu sichern. Sie konnten nach den Bestimmungen der Notverordnung wegen Zeitablaufs von der Beitragserstattung vielfach keinen Gebrauch mehr machen und standen vor der Frage, durch Einstellung der Beitragsleistung alle bisherigen Einzahlungen zu verlieren oder bei freiwilliger Weiterversicherung nicht den erhofften höheren Alterschutz zu haben. Die Durchführungsvorschrift mildert diese Härte dahin, daß eine Versicherte, die vor dem 1. Januar 1932 heiratete, aber den Erstattungsantrag nicht geltend gemacht hat, sondern nur ihre Versicherung freiwillig fortsetzte, die Beitragserstattung nachträglich beanspruchen kann, wenn infolge Zusammentreffens ihres Ruhegeldes mit einer anderen Rente eine dieser Renten nicht gewährt wird, oder wenn der Ruhegeldanspruch nach anderen Bestimmungen der Notverordnung neben Unfallrenten, Beschädigtenrenten und Beamtenpensionen ruht. Sonstige Durchführungsvorschriften beziehen sich auf Klarstellungen, die sich für die Hinterbliebenenrenten als notwendig erwiesen.

Da die Notverordnung die Wartezeitbestimmungen in der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, soweit es sich um

das Altersruhegeld handelte, verschärfte, erwies es sich als notwendig, gewisse Ausnahmegestimmungen zu schaffen für den Fall, wo Versicherungspflicht in der Invaliden- und Angestelltenversicherung für einen Berufszweig am 1. Januar 1932 nicht so lange bestand, daß die Wartezeit erfüllt sein konnte. Dem tragen die Durchführungsvorschriften insofern Rechnung, als den Angehörigen dieses Berufszweiges die Dauer der früheren Beschäftigung in dem Beruf auf die Wartezeit angerechnet wird, wenn sie nach dem Inkrafttreten der Versicherungspflicht mindestens 250 Wochen bzw. 60 Monate Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet haben.

Weitere Klarstellungen der Durchführungsverordnung beziehen sich auf die Notverordnungsbestimmungen über das Ruhen der Renten aus der Sozialversicherung neben Krankengeld, Verletztenrenten, Beschädigten- und Dienstzeitrenten sowie Beamtenpensionen.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Kempen-Rh.** Bei gutem Besuch veranstalteten wir unsere diesjährige Generalversammlung. Nach Verlesung des vorigen Protokolls erstattete Kollege Schatten den Jahresbericht. In demselben wurden uns alle Veranstaltungen des Vorjahres nochmals vor Augen geführt. Von den Mitgliedern sind 12 Kurzarbeiter und 12 Ausgesteuerte; Dollarbeit leistet nicht ein Kollege. Dieses ist ein Zeichen der Zeit. Dann kamen wir zum Kassenbericht. Wir konnten aus den Ausführungen ersehen, daß unser Kassierer gut gewirtschaftet hatte und noch einen kleinen Betrag in unserer Ortskasse gut buchen konnte. Dem Vorstand wurde die verdiente Entlastung erteilt. Nach Rede und Gegenrede wurde der Vorstand geschlossen wiedergewählt. Das Referat unseres Kollegen Trippelsdorf beanspruchte unsere volle Aufmerksamkeit. Er konnte uns an Hand seines geordneten und wohlbedachten Vortrages zeigen, wie wir wirtschaftlich und politisch weiterkommen können. Er führte u. a. aus, daß man von verschiedenen Seiten versucht, die Gewerkschaften in dieser Wirtschaftsdepression zu vernichten. Der Regierung zur Seite stehen ist das Gebot der Stunde. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß wir unsere ganze Kraft zusammennehmen müssen, denn nur so kann es besser werden. Nach einer regen Diskussion und einigen Erläuterungen schloß der Vorsitzende die gutgelungene Versammlung.

**Trier.** Am 1. Februar fand unsere diesjährige General-Versammlung im „Deutschen Heim“ statt. Kollege Lamberz gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Daß wir trotz 95prozentiger Arbeitslosigkeit unsere Mitglieder fast restlos gehalten haben, ist der beste Beweis für die unermüdlige Tätigkeit unserer Vertrauensleute. Die Jugendarbeit ist leider auf dem Stande des Vorjahres stehen geblieben. Kollege Sabel (Frankfurt) gab eine Übersicht über die Lage der Holzarbeiter und ihrer Verbände im Reich. Es folgte eine allgemeine Aussprache. Daran anschließend fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Gegen 11 Uhr schloß der Vorsitzende die angeregt verlaufene Versammlung.

**Dillingen.** Dem Ruf zur Generalversammlung hatten die Kollegen nahezu vollzählig Folge geleistet. Aus dem Jahresbericht konnte man ersehen, daß die hiesige Zahlstelle eine rege gewerkschaftliche Tätigkeit entfaltet hat. Alle Kollegen haben dem Verband die Treue bewahrt, mehrere Neuaufnahmen konnten getätigt werden.

Für die Neuwahlen wurde der Vorsitz dem Kollegen Kronthaler übertragen.

Dieser gab zuerst seiner Freude Ausdruck, daß in der Zahlstelle ein so guter Geist herrsche und daß alle Kollegen trotz der großen Not unserer Sache treu geblieben seien und mitgearbeitet hätten. Bei der Neuwahl wurde der bisherige Vorstand durch Zuzug einstimmig wiedergewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und versprachen, auch ferner treu zum Wohle der Organisation zu arbeiten. Anschließend erhielt Bezirksleiter Kronthaler das Wort zu einem Vortrag über „Rückblick und Ausblick“. Er gab seiner Befriedigung Ausdruck über die Entwicklung unserer Bewegung. Trotz Not und Arbeitslosigkeit, trotz schärfsten Kampfes unserer Gegner haben wir unsere christlichen Gewerkschaften erhalten und erfolgreiche Arbeit leisten können.

Es gelte, den Kopf hochzuhalten und weiter in Treue zu unserer Sache zu stehen.

**Rattigen.** Der Vorsitzende, Kollege Braig, konnte eine stattliche Teilnehmerzahl begrüßen, die zu der am 16. Januar in den Rhein-

nischen Hof einberufenen Generalversammlung erschienen war. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Verhältnisse im letzten Jahre wurde die Vorstandswahl getätigt.

Kollege Meier referierte dann über die Lohn- und Tarifgestaltung im Holzgewerbe. Nach vielen schwierigen, sich fast über ein Jahr hinziehenden Verhandlungen sei durch den Schiedsspruch des Schlichters wieder ein neuer Lohn- und Manteltarifvertrag festgelegt worden. Der erhebliche Lohnabbau auf 1,03 RM pro Stunde bringe eine starke Belastung der Holzarbeiterschaft. Mit allen Mitteln müsse versucht werden, jeden weiteren Abbau der Löhne und Verdienste in der Zukunft zu verhindern. Mit Erfolg könnte dies jedoch nur erreicht werden, wenn eine restlos in den Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft vorhanden sei. Es dürfe nicht sein, daß Kollegen aus kleinsten, egoistischen Gründen die Gewerkschaften verlassen. Die Arbeiterschaft müsse sich klar darüber sein, daß sie noch immer viel zu verlieren habe; sei es auf dem Gebiete des Sozialrechts, der Sozialversicherung oder der Lohn- und Tarifgestaltung. Nur die Gewerkschaften seien die Stütze im Existenzkampfe der Arbeiterschaft. Nicht die Phrasen radikaler politischer Hezer von rechts und links könnten das Lebensschicksal der Arbeiterschaft zum Besseren gestalten, sondern nur die Gewerkschaften wären hierzu in der Lage. Vor allen Dingen müsse eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften erfolgen. Es sei ihr Ziel, den Wiederaufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Geiste der Gemeinschaft, d. h. im Geiste des Christentums, zu vollziehen; nur dann käme die Arbeiterschaft zur Gleichberechtigung mit andern Ständen.

Aufgabe sämtlicher Mitglieder im neuen Jahre müsse sein, ihre ganze Kraft für die Stärkung des christlichen Gewerkschaftsgedankens einzusetzen. Auch der letzte noch fernstehende Holzarbeiter und Angehöriger verwandter Berufe sowie die darin sich in der Ausbildung befindlichen Lehrlinge müssen dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter zugeführt werden.

In der Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten restlos zugestimmt. Durch die Tat wolle man beweisen, daß trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Kollegen von einem lebendigen Gewerkschaftsgeiste durchdrungen wären.

In der weiteren Aussprache wurde noch die Frage der Preissenkung berührt. Allgemein wurde bedauert, daß die Erfolge der Regierung auf diesem Gebiete sich nur in ganz geringem Umfange bemerkbar machten. Nachdem die Löhne so stark gekürzt seien und eine fertige Tatsache geschaffen wäre, müßte die Regierung nun auch mit der gleichen Kraft, die sie für die Senkung der Löhne aufgewandt habe, sich für die Preissenkung einsetzen. Hierbei müsse die Arbeiterschaft hilfreiche Hand leihen. Hoffentlich werde die Regierung erkennen, daß sie mit viel größerer Kraft sich für die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele einsetzen muß, wenn sie Erfolg haben wolle. Nur so habe dann die 4. Notverordnung einen Sinn.

A. B.

**Tilfit.** Am 22. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Besuch war durchaus befriedigend. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht, den der erste Vorsitzende, Karl Werner, gab, konnte man ersehen, daß wir es trotz der Schwere der Zeit verstanden haben, unsere Zahlstelle gut voranzubringen. Es ist nicht leicht in dieser schweren Krisenzeit, in der eine Hiobspost die andere jagt, eine Zahlstelle neu zu gründen und sie nach vollzogener Gründung lebensfähig zu erhalten. Die Tatsache, daß es gelang, gibt Zeugnis von dem unermüdlischen Streben und Können des Gründers, aber auch von dem mitreißenden Idealismus, den die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ausstrahlt. Wie überall, so haben wir auch hier die Tatsache zu verzeichnen, daß die größere Hälfte der Mitglieder fast dauernd arbeitslos ist. Das wirkt sich in kassentechnischer Hinsicht durchaus nachteilig aus. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Karl Werner, 1. Vorsitzender; Otto Mathes, 2. Vorsitzender und Schriftführer. Die Kassierergeschäfte werden vom 1. Vorsitzenden mitbesorgt. Nach einem interessanten Vortrage des 1. Vorsitzenden über: „Wirtschaft und Volksbewegung in Rußland“, der von dem ebenfalls anwesenden Bezirksleiter Uhl unterstrichen wurde, ging man mit dem festen Willen, auch in der Zukunft sich allen Gewalten zum Trotz zu erhalten — auseinander. Glückauf dem neuen Geschäftsjahr!

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Beueler Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluß im Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldentwungen nur Postcheckkonto 718 Adm.